

Südafrika auf dem Prüfstand: Wohin steuern die Parteien der „Regenbogennation“?

Inhalt

1. Der ANC: Dominanz – und fehlende Erfolge	1
2. Ein Ende der Ungleichheit?	10
3. Zentralistische Impulse für die Eigendynamik der Zivilgesellschaft.....	15
4. Reformen gegen die Stagnation	17
5. Ausblick	20

1. Der ANC: Dominanz – und fehlende Erfolge

Im Zuge der „Dritten Welle der Demokratisierung“¹ befinden sich die Staaten des Südlichen Afrika in einer Phase des Übergangs von kolonialem Autoritarismus zur Demokratie.² Mindestvoraussetzungen demokratischer Regierungsweise sind auch hier: die Kontrolle von Regierungsentscheidungen durch die Wähler und die von diesen bestimmten Abgeordneten, freie und gleiche Wahlen, das allgemeine Wahlrecht, Freiheit der Kandidatur für ein öffentliches Amt, der Zugang zu alternativen Informationsquellen und – nicht zuletzt – die Vereinigungsfreiheit. Afrika benötigt diese Voraussetzungen – aber auch politische Führer, die diese Regeln wirksam nutzen und der Bevölkerung auf dem Wege der Demokratisierung, Friedensschaffung und Entwicklung vorangehen.³ Eine vergleichende Untersuchung der Demokratisierung der Staaten Südafrikas durch die *Southern African Development Community (SADC)* hat vier Entwicklungs-

¹ Vgl. Samuel *Huntington*, *The Third Wave: Democratization in the late Twentieth Century*, University of Oklahoma Press, Norman 1991.

² Vgl. Khabete *Matlosa*, *The State of Democratization in Southern Africa: Blocked Transitions, Reversal, Stagnation, Progress and Prospects*, in: *Politikon*, vol. 44:1, 2017, , ([http://dx.doi.org/10.1080/02589346.2017, S. 5 – 26.](http://dx.doi.org/10.1080/02589346.2017.1311111)

³ Vgl. a.a.O., S.11.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SÜDAFRIKA

Prof. Dr. Paul Kevenhörster

Juni 2018

www.kas.de/suedafrika

stufen des Übergangs vom Autoritarismus zur Demokratie identifiziert: 1. Geschlossene, autoritäre Regime (Swasiland), 2. elektoral autoritäre Regime (Zimbabwe, Kongo, Angola, Madagaskar), 3. elektoral demokratische Regime (Tansania, Sambia, Malawi, Lesotho und Mozambique) und schließlich 4. liberaldemokratische Regime wie Botswana, Mauritius, Namibia, Seychellen und Südafrika.⁴ Auch in der letzten, auf der Stufenleiter der Transition am weitesten vorangeschrittenen Gruppe werden aber die Gestaltungschancen demokratischer Institutionen durch Armut, Ungleichheit und Arbeitslosigkeit herausgefordert. Es bleibt daher abzuwarten, ob der strukturelle und institutionelle Wandel in der Gruppe der liberaldemokratischen Staaten Südafrikas nachhaltig und unumkehrbar ist.

Die Staatsform Südafrikas stellt insgesamt eine Präsidialdemokratie mit föderalen Elementen und einem Zweikammersystem dar: Die neun Provinzen sind zwar mit eigenen Parlamenten und Regierungen ausgestattet, aber politisch und finanziell weniger eigenständig als etwa die deutschen Bundesländer. Gesetzesvorhaben werden nach menschenrechtlichen Gesichtspunkten von der Kommission für Gleichstellungsfragen, der Unabhängigen Wahlkommission und der Ombudsbehörde bei Beschwerden der Bürger geprüft. Der Präsident bleibt allerdings in hohem Maß an das Parlament gebunden, das ihn schließlich auch wählt. Er ist Staatsoberhaupt *und* Regierungschef, dessen Stellung allerdings durch ein System von „Checks and balances“ eingegrenzt wird. Die Möglichkeiten und Grenzen dieses Systems werden im Folgenden an aktuellen politischen Entwicklungen gemessen.

In den Parlamentswahlen vom 7. Mai 2014 hat der *African National Congress* (ANC) seine politische Vormachtstellung erneut behaupten und damit allem Anschein nach die Stabilität des Landes sichern können. Doch tiefgreifende Zweifel bestehen, ob die führende Regierungspartei ihre bisherige - wenn auch durchwachsene - „Erfolgsgeschichte“ fortschreiben kann. Denn mehr als zwei Jahrzehnte nach dem Ende der Apartheid und dem demokratischen Neubeginn sieht sich die Regierung mit einer Bilanz ihrer Politik konfrontiert, die zeigt, wie wenig sie ihre früher gegebenen Versprechungen einlösen konnte:⁵

⁴ Vgl. a.a.O., S. 13.

⁵ Vgl. Holger Dix, 20 Jahre Demokratie und fünfte Parlamentswahlen in Südafrika, in: KAS-Auslandsinformationen, Dezentralisierung und Regionalpolitik in Afrika, 6/14, S. 77 f.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SÜDAFRIKA

Prof. Dr. Paul Kevenhörster

Juni 2018

www.kas.de/suedafrika

- Der GINI-Index zählt Südafrika zu den Ländern mit der höchsten Ungleichheit der Einkommensverteilung. Unter 138 Staaten, die von der internationalen Statistik der Familieneinkommen erfasst werden, nimmt Südafrika mit einem Indexwert von 65 Punkten den zweiten Rangplatz ungleicher Verteilung ein (nach Namibia mit 70 und vor Lesotho und Botswana mit jeweils 63 Punkten).⁶ 15,3 Prozent der südafrikanischen Bevölkerung haben keinen elektrischen Strom und 26,6 Prozent keinen direkten Zugang zu fließendem Wasser.
- Die Zahl der Sozialleistungsempfänger ist doppelt so hoch wie die der Steuerzahler. Die Jugendarbeitslosigkeit erreicht einen internationalen Spitzenwert. 31 Prozent der Südafrikaner müssen mit weniger als zwei US-Dollar pro Tag auskommen.
- Auffällig ist die Selbstbereicherung der politischen Klasse, wie auch der staatlich finanzierte Um- und Ausbau des Wohnsitzes des früheren Staatspräsidenten *Zuma* gezeigt hat.
- Das Massaker von *Marikana* im Jahre 2012 ist zudem ein weitreichendes Warnzeichen gewesen: der Einsatz der Polizeikräfte gegen protestierende Minenarbeiter hat 34 Tote zur Folge gehabt.

Dennoch ist auch im Wahljahr 2014 eine politische Wechselstimmung nicht aufgekommen. Zur Wahl waren 29 Parteien angetreten – 13 von ihnen sind im neuen Parlament vertreten. Wahlbeobachter haben darauf aufmerksam gemacht, dass das Wahlergebnis 2014 dem der ersten demokratischen Wahl im Jahre 1994 stark ähnelt: Der ANC hat mit 62 Prozent der Stimmen (249 von 400 Mandate) in etwa das gleiche Ergebnis erzielt wie vor zwei Jahrzehnten und konnte seine Vormachtstellung aufrechterhalten. Die 20 Prozent der Stimmen für die National Party in der Wahl 1994 wurden zwanzig Jahre später in 22,2 Prozent und 89 Mandaten für die Democratic Alliance transformiert. Damit konnte diese sich als ernst zu nehmende Oppositionspartei behaupten. Die *Economic Freedom Fighters* erhielten 6,35 Prozent der Stimmen und lösten damit auf Anhieb die *Inkatha-Partei* als dritte Kraft im Parlament ab. Die *Inkatha-Partei* dagegen hat mit nur 2,4 Prozent ihre frühere Bedeutung weitgehend eingebüßt. Bemerkenswert ist aber nach wie vor das politische Integrationsvermögen des ANC trotz breiter wirtschaftspolitischer Leistungsschwä-

⁶ Zum Vergleich: Die gleichmäßigste Einkommensverteilung weist Schweden mit 23 Punkten auf. Vgl. Ebd.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SÜDAFRIKA

Prof. Dr. Paul Kevenhörster

Juni 2018

www.kas.de/suedafrika

chen und wiederholter Korruptionsskandale: 40 Prozent seiner Anhänger sind Arbeitslose.⁷

Aufgrund der internen Gegensätze des ANC gibt es keine Logik einer kontinuierlichen, stabilen Entwicklung in einem demokratischen Rahmen.⁸ Die Opposition verfügt über keine breite Angriffsfläche und ist zudem tief gespalten. Der ANC sieht sich vor allem als Staatspartei, die in die staatliche Bürokratie investiert und nicht daran denkt, ihre Machtstellung in Frage zu stellen. Gleichwohl ist Südafrika zu einem Lehrbuch-Beispiel dafür geworden, wie ein durch die Verfassung gebundener politischer Wandel auch sozioökonomische Veränderungen veranlassen kann. Es ist jedoch einstweilen offen, inwieweit der ANC in der Lage ist, die Bevölkerung an der weiteren Entwicklung zu beteiligen oder ob die von ihm weiterhin praktizierte Korruption zu einem wirtschaftlichen Zusammenbruch oder zumindest zur Konfrontation mit dem Internationalen Währungsfond (IMF) führen wird.⁹

Immer mehr hat Südafrikas früherer Präsident *Jacob Zuma* den Staat wie sein eigenes Privatunternehmen in Anspruch genommen und mit Hilfe dreier aus Indien stammender Brüder – den *Guptas* – ein weit gespanntes Netz von Unternehmen aufgebaut, deren vorrangiges Ziel die Übernahme lukrativer Staatsaufträge ist.¹⁰ Die Folge dieser *Kollusion*: In- wie ausländische Investoren verlieren ihr Vertrauen in die Zukunft Südafrikas. Die demokratische Verfassung selbst steht auf dem Prüfstand. Allein gegen den früheren Präsidenten sind derzeit nicht weniger als 783 Klagen vor den Gerichten anhängig. Diese verweisen auf ein enges Geflecht von Patronage, Geldwäsche, Missbrauch staatlicher Ressourcen, Behinderung der Justiz und den umfassenden Missbrauch staatlicher Macht. Die Entlassung des allgemein als kompetent eingeschätzten Finanzministers Pra-

⁷ Vgl. a.a.O., S. 84; Vgl. Roger *Southall*/Colette *Schulz-Herzenberg*, The party system and political prospects in the wake of election 2014, in: Colette *Schulz-Herzenberg*/Roger *Southall* (ed.), Election 2014 South Africa. He campaigns, results and future prospects, Auckland Park/Dunkelfeld (South Africa) 2014, S. 230, 238 (Künftig zitiert: *Schulz-Herzenberg/Southall* (ed.), Election 2014 South Africa).

⁸ Vgl. Bill *Freund*, Post-apartheid South Africa under ANC rule: a response to John S Saul on South Africa, in: Transformation: Critical Perspectives on Southern Africa, vol. 89, 2015, S. 50 – 75.

⁹ Vgl. RW *Johnson*, How Long Will South Africa Survive? The looming crisis, London 2015; A. *Mac Gregor Hutcheson*, South Africa. Physical and Social Geography, in: Africa South of the Sahara 2016, 45th Edition, Routledge 2015, S. 1162.

¹⁰ Vgl. Thomas *Scheen*, Feindliche Übernahme, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. 6. 2017, S. 12.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SÜDAFRIKA

Prof. Dr. Paul Kevenhörster

Juni 2018

www.kas.de/suedafrika

vin *Gordhan* im April 2017 bildet nur den vorläufigen Schlusspunkt dieses Skandals. Das System der verfassungspolitischen Kontrollen – der *checks and balances* – ist durch Präsident *Zuma* außer Kraft gesetzt worden.¹¹

Der frühere Präsident hat seine Machtstellung den von ihm seit 2009 geknüpften persönlichen Netzwerken verdankt.¹² Dennoch ist der ANC tief gespalten. Doch bisher überwiegen das von *Zuma* geschaffene Patronagesystem und die politische Schwerkraft der Regierungsallianz aus ANC, Kommunistischer Partei (SACP) sowie dem Gewerkschaftsverband (COSATU) das Gewicht aller Kritiker. Wahlbeobachter stellen indessen fest, der ANC habe seinen alten Idealismus verloren und sei inzwischen die Heimat einer politischen Klasse geworden, die den Kontakt zur Wählerschaft – insbesondere den Armen - weitgehend eingebüßt habe.¹³ Nach fünf Jahren von Skandalen, anhaltender Korruption und wirtschaftlicher Stagnation ist die führende Regierungspartei verwundbar und ihrer parlamentarischen Mehrheit nicht mehr sicher.¹⁴

Seit Februar 2018 hat Südafrika einen neuen Präsidenten: *Cyril Ramaphosa*, der neue Parteivorsitzenden des ANC und frühere Vizepräsident. Sein künftiger politischer Erfolg wird von einem entschlossenen Vorgehen gegen Staatsvereinnahmung (*State Capture*) und Korruption abhängen. Entscheidend sei – so der frühere Präsident *F.W. de Klerk* in einer Grundsatzrede Anfang Februar 2018¹⁵ - ob es *Ramaphosa* gelinge, die Integrität der Regierung wieder herzustellen. Die inzwischen erfolgte Kabinettsumbildung ist nach der Einschätzung von Beobachtern ein erster Schritt auf diesem Wege. Weitere wichtige Voraussetzungen sind die Unabhängigkeit der politischen Kontrollinstanzen wie etwa des *Public Protector*. Nachdrücklich hat *De Klerk* den ANC dazu aufgefordert, zu den Werten der Verfassung und der Gründerväter der Partei zurückzukehren.

¹¹ Vgl. Paul *Nantulya*, South Africa's Democracy is Put to the Test, im Internet: <http://africacenter.org/spotlight/south-africas-democracy-put-test/>, Johannesburg, April 2017.

¹² Vgl. Tilmann *Feltes*, Südafrika vor Veränderungen im dominanten Parteiensystem. Verliert der ANC weitere Großstädte?, in: KAS-Länderbericht Südafrika, im Internet: www.kas.de/suedafrika, Juli 2016

¹³ Vgl. Roger *Southall*, The context of the South African election of 2014: Prologue to change?, in: *Schulz-Herzenberg/Southall* (ed.), Election 2014 South Africa, S. 1.

¹⁴ Vgl. Anthony *Butler*, The ANC's campaign in 2014, in: *Schulz-Herzenberg/Southall* (ed.), Election 2014 South Africa

¹⁵ FW de Klerk Foundation, Speech by FW DE KLERK, Chairman Emeritus of the FW de Klerk Foundation the FW de Klerk Foundation Conference 2 February 2018, The Constitution, State Capture and the Way Forward, Kapstadt, 2. Februar 2018

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SÜDAFRIKA

Prof. Dr. Paul Kevenhörster

Juni 2018

www.kas.de/suedafrika

Von den Oppositionsparteien scheint derzeit nur die *Demokratische Allianz* zur Ansprache neuer Wählerschichten imstande. Sie hat sich in den letzten Wahlen als stärkste Oppositionspartei profiliert und mit einem Stimmengewinn von mehr als einer Million Wählern unter Beweis gestellt, dass sie über Klassen- und ethnische Grenzen hinweg eine neue Massenintegrationspartei und damit ein Eckpfeiler für die weitere Entwicklung des Parteiensystems geworden ist.¹⁶ Dagegen hat die 2014er Wahl die Zukunft der *Inkatha-Partei* als einer größeren politischen Kraft in Frage gestellt. Diese Partei ist seit ihrer Gründung stark ethnisch und regional ausgerichtet, in der Provinz Kwa-Zulu-Natal verankert und wird ganz überwiegend von der Gruppe der Zulus gewählt. In der letzten Wahl ist sie aber in ihrem Stammgebiet Kwa-Zulu-Natal auf einen dritten Platz hinter dem ANC und der *Demokratischen Allianz* zurückgeworfen worden – das „Grabmal eines Elefanten“¹⁷.

Verfassungspolitische Grundlage des sich verfestigenden *Dominanzparteiensystems* und auch der anhaltenden Zersplitterung der Oppositionsparteien ist ein reines Verhältniswahlrecht mit starren Parteilisten ohne Quoren (Sperrklauseln). Dieses Wahlsystem erweist sich immer mehr als ein *Garant* politischer *Zersplitterung*: Zurzeit sind vier Parteien mit jeweils nur einem Sitz im Parlament vertreten. So verhindert das Wahlsystem letztlich die politische Partizipation der Wähler in einer ganz entscheidenden, personalpolitischen Frage: Die Wahlberechtigten können nur Parteilisten zustimmen, aber nicht einzelne Abgeordnete wählen. Die Parlamentarier brauchen auch nicht zu befürchten, von ihren Wählern direkt zur Rechenschaft gezogen zu werden. Durch das Nominierungsverfahren können die Parteiführungen daher ihre Macht autoritär absichern: Ein Ausschluss aus der Partei führt zum Verlust des Mandats.

Die Folgen: Der Grundsatz politischer Verantwortlichkeit kann nicht umgesetzt werden, und die Korruption ist nahezu vorprogrammiert. Das geltende System geschlossener Parteilisten sichert so das imperative Mandat der Parteiführung und schwächt damit die Kontrollfunktion des Parlaments. So sind die Abgeordneten des ANC dem Nationalen Exekutivkomitee der Partei unterstellt, das seinerseits den politischen Kurs der Exeku-

¹⁶ Vgl. Zwelethu *Jolobe*, The Democratic Alliance election campaign: 'Ayisafani'?, in: Schulz-Herzenberg/Southall (ed.), Election 2014 South Africa, S. 71.

¹⁷ Laurence *Piper*, Inkatha Freedom Party: The elephants' graveyard, in: Schulz-Herzenberg/Southall (ed.), Election 2014 South Africa, S. 89.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SÜDAFRIKA

Prof. Dr. Paul Kevenhörster

Juni 2018

www.kas.de/suedafrika

tive parlamentarisch absichert. Auf diesem Wege treten Maßstäbe politischer Loyalität an die Stelle verantwortlicher Führung und Repräsentation. Es ist nicht abzusehen, wann der ANC diese Praxis zentralistischer Kaderpolitik aufgibt, die Stellung des einzelnen Abgeordneten stärkt und auf diese Weise auch der innerparteilichen Opposition eine Gestaltungschance einräumt.

Den Prinzipien des unmodifizierten Verhältniswahlrechts folgt die Republik Südafrika seit 1994: Ohne Sperrklausel werden 400 Mandate der Nationalversammlung in einem nationalen Wahlkreis vergeben. Das bedeutet, dass auch Parteien im Parlament vertreten sind, die weniger als 0,2 Prozent aller Wählerstimmen auf sich vereinigen.¹⁸ Das Parlament besteht aus der Nationalversammlung mit 400 Mandaten und dem Nationalen Rat der Provinzen mit 90 Sitzen. Das Bündnis aus ANC, der Kommunistischen Partei Südafrikas (SACP) und dem Gewerkschaftskongress COSATU verfügt über eine breite Mehrheit, der eine schmale Opposition aus Demokratischer Allianz (DA), Economic Freedom Fighters (EEF), der Inkatha Freedom Party (IFP) und der National Freedom Party (NFP) gegenübersteht.

Die *Inkatha-Freedom-Party* hat sich in den 1990er Jahren zwar bemüht, auch andere Wählerschichten anzusprechen und sich als sozialkonservative Opposition zu profilieren, aber in der Wahrnehmung der meisten Wähler blieb sie auf ihre Rolle als Partei der Zulus beschränkt.¹⁹ Der ANC dagegen konnte sich schon im Jahre 2004 auch in der Heimatprovinz der Inkatha-Partei als wählerstärkste Vertretung durchsetzen und dadurch zum fortschreitenden Machtverlust dieser vormals gewichtigen, traditionellen Oppositionspartei beitragen.

Die Ergebnisse eines von der Harvard University und der University of Sydney durchgeführten internationalen Forschungsprojektes („*Advancing Electoral Integrity*“) machen es möglich, Freiheit und Fairness der Wahlen in Südafrika auch im Vergleich zu anderen afrikanischen Staaten genauer zu bestimmen: Bei beiden Werten hat Südafrika in den beiden Wahlen im ersten Jahrzehnt nach dem Ende der Apartheid nur eine mittlere Position

¹⁸ Vgl. Michael *Gallagher*, Electoral Institutions and Representation, in: Lawrence *LeDuc*/Richard G. *Niemi*/Pippa *Norris* (ed.), *Comparing Democracies. Elections and Voting in a Changing World*, London 2014, 4. Aufl., S. 16.

¹⁹ Vgl. Hans Maria *Heyn*, Die Oppositionsparteien Südafrikas – eine Bestandsaufnahme 13 Jahre nach den ersten freien Wahlen, in: KAS-Auslandsinformationen, 3/2007, S. 36.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SÜDAFRIKA

Prof. Dr. Paul Kevenhörster

Juni 2018

www.kas.de/suedafrika

eingenommen.²⁰ Die Beurteilung von Freiheit und Fairness trägt generell in erheblichem Umfang zum Grad der Zufriedenheit mit der Demokratie im eigenen Lande bei.²¹ Die positive Einschätzung der Integrität von Wahlen wird aber nach den Befunden des *Electoral Integrity Projects* durch die Regeln und Wirkungen des Verhältniswahlrechts nicht gefördert.²²

Auf der Feier anlässlich seines hundertjährigen Bestehens im Jahre 2012 hat der ANC den Slogan „*Unity in Diversity*“ erneut bekräftigt.²³ Das damit verbundene, seit langem proklamierte Versprechen hat er aber noch nicht einzulösen vermocht. Zu verführerisch ist seine Stellung als dominante Partei mit dem Anspruch nahezu ewiger Regierungsführung und Politikgestaltung. So ist es nicht weit zu einer vielfach beklagten „Arroganz der Macht“, die schon jetzt ihre Spuren hinterlassen hat: Südafrika wurde von *Freedom House* als Wahrerin politischer Rechte schon im Jahresbericht 2012 wegen des sich verfestigenden politischen Machtmonopols des ANC auf die Stufe 2 herabgestuft. Der politischen Klasse des Landes erscheint der von der Linken seit *Lenin* verfochtene „demokratische Zentralismus“ seit jeher attraktiver als unterschiedliche Formen des demokratischen Föderalismus.

Umso wichtiger ist die vielfach geforderte und inzwischen auch geplante Einsetzung einer Untersuchungskommission zur Staatsvereinnahmung und zur Wiederherstellung der Integrität des Staates insbesondere im Hinblick auf eine wirksame Bekämpfung von Korruption und Kriminalität.²⁴ *Haroon Borat* von der University of Cape Town hat diejenigen Institutionen ermittelt, die Interessenfilz und Korruption begünstigen und in diesem Zusammenhang auf die interministeriellen Ausschüsse in der

²⁰ Vgl. Nicolas N. Kerr, EMB Performance and Perceptions of Electoral Integrity in Africa, in: Pippa Norris/Richard W. Frank/Ferran Martinez I. Coma (ed.), *Advancing Electoral Integrity*, Oxford 2014, S. 196 f.

²¹ Vgl. Robert Mattes, Electoral Integrity and Democratic Legitimacy in Africa, in: Pippa Norris u.a. (ed.), *Advancing Electoral Integrity*, Oxford 2014, S. 220.

²² Vgl. Nicolas N. Kerr, a.a.O., S. 203.

²³ Vgl. Nicola de Jager, South Africa: A democracy in the balance, in: Dies./Pierre du Toit (ed.), *Friend or Foe? Dominant Party Systems in Southern Africa*, Tokyo/New York 2013, S. 149 ff.

²⁴ Vgl. *FW De Klerk*, *The Constitution, State Capture and the Way Forward*, a.a.O.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SÜDAFRIKA

Prof. Dr. Paul Kevenhörster

Juni 2018

www.kas.de/suedafrika

Energie-, Haushalts- und Kommunikationspolitik aufmerksam gemacht, die unter der Aufsicht des Präsidenten arbeiten.²⁵

Es kommt daher darauf an, die fiskalische Souveränität des Staates durch eine entsprechende Stärkung des Schatzministeriums und die Beauftragung des *Financial Intelligence Centres* mit der Kontrolle illegaler Finanzströme zu beauftragen. Es ist an der Zeit, das gesamte staatliche Beschaffungswesen neu zu ordnen: Nur so lassen sich die Quellen und Finanzströme in diesen Politikfeldern transparenter gestalten und die damit häufig verbundene Geldwäsche zurückdrängen. Abzubauen sind daher Parallelstrukturen der Verwaltung, die eine solche Kontrolle erschweren und den Aufbau eines Schattenstaates erst ermöglichen. Stattdessen muss es darum gehen, die Widerstandsfähigkeit der staatlichen Institutionen gegenüber dem finanziellen Druck und den verdeckten Interventionen organisierter Interessen zu festigen.

Die politischen Parteien beschränken sich in den Ländern Subsahara-Afrikas vielfach darauf, lokale öffentliche Güter und klientelistische Vorteile für ihre Unterstützer anzubieten. Hiervon weicht das Parteiensystem Südafrikas in bemerkenswerter Weise ab, weil in diesem Land die Parteien unterschiedliche Auffassungen zu dem Ziel wirtschaftlicher Umverteilung vertreten. Dabei ist aber nicht zu übersehen, dass ihre Programmvorstellungen in größerem Umfang ethnische Gegensätze widerspiegeln und so eine klientelistische Politik in der gesamten Bandbreite fördern.²⁶

Der ANC muss nach dem Urteil des Verfassungsgerichts zum sogenannten *Nkandla-Gate-Prozess*²⁷ und der Verurteilung des Präsidenten wegen verfassungswidrigen Verhaltens²⁸ mit einem schleichenden politischen Machtverlust rechnen, der in Kapstadt und im Western Cape schon eingesetzt hat. Der ist auch in Zukunft zu erwarten, wenn sich die Partei weder programmatisch noch personell ausreichend erneuert. Die Zeichen stehen

²⁵ Vgl. *Haroon Borhat*, Betrayal of the Promise. How South Africa is Being Stolen, FW de Klerk Foundation – Annual Conference, 2nd February 2018

²⁶ Vgl. Herbert *Kitschelt*, Parties and Party Systems, in: Lawrence LeDuc/Richard G. Niemi/Pippa Norris (ed.), *Comparing Nations*, London 2014, S. 46.

²⁷ Präsident Zuma musste sich aufgrund des Ausbaus seines Anwesens auf Kosten des Steuerzahlers vor Gericht verantworten. Vgl. Holger *Dix*, Verfassungsgericht verstärkt Krise des südafrikanischen Staatspräsidenten, in: KAS-Länderbericht, Im Internet: www.kas.de/suedafrika, April 2016, S. 1.

²⁸ Vgl. Holger *Dix*, Verfassungsgericht verstärkt Krise des südafrikanischen Staatspräsidenten, in: KAS-Länderbericht, im Internet: www.kas.de/suedafrika, April 2016.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SÜDAFRIKA

Prof. Dr. Paul Kevenhörster

Juni 2018

www.kas.de/suedafrika

daher auf Stagnation, Korruption und Machtverfall.²⁹ Vor dem Hintergrund wachsender Frustration wegen der Leistungsbilanz der Regierung sowie der Korruption und des Nepotismus im Regierungsapparat hat der ANC in den Kommunalwahlen im August 2016 zwar 8 Prozentpunkte seines bisherigen Stimmenanteils verloren, aber seine dominante Stellung mit 53,9 Prozent doch behauptet. Entsprechend konnten die *Economic Freedom Fighters* (plus 8,02 Prozent) und die *Demokratische Allianz* (plus 3 Prozent) Stimmengewinne erzielen. Die Wahlen wurden allgemein als kompetitiv, frei und fair eingeschätzt.³⁰ Zwei Probleme bleiben dennoch bestehen: die zunehmende Zerklüftung der politischen Landschaft und das wachsende Gefälle öffentlicher Dienstleistungen in gut und weniger gut versorgten Gebieten. Das soziale Gefälle zwischen den sozialen Schichten und Ethnien vertieft sich.

2. Ein Ende der Ungleichheit?

Trotz seiner komfortablen Regierungsmehrheit ist es dem ANC bisher nicht gelungen, die gravierenden sozialen Probleme des Landes zu lösen oder auch nur schrittweise einer Lösung zuzuführen: Segregation, HIV/AIDS, unzureichende schulische Bildung, hohe Arbeitslosigkeit und Korruption sind Zeugnisse dieses Unvermögens.³¹ Im Ranking der Korruption durch *Transparency International* ist Südafrika innerhalb eines Jahrzehnts nach dem Urteil der befragten Experten vom 36. Platz im Jahre 2002 auf Platz 69 im Jahre 2012 zurückgefallen. Beim UNDP-Index für menschliche Entwicklung belegt Südafrika seit 2013 nur Rang 121. Kurz gesagt: Der ANC hat in den letzten beiden Jahrzehnten kein leistungsfähiges Konzept für die Entwicklung des Landes erarbeitet - geschweige denn umgesetzt.

Welches sind die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Tiefenströmungen, die Südafrikas politische Instabilität anwachsen lassen? Hierzu sind in erster Linie anhaltende Armut, Arbeitslosigkeit und Ungleichheit zu

²⁹ Vgl. Ivor *Sarakinsky*, A Backward Look into South Africa's Future, Review Article, in: GIGA, Africa Spectrum 2/2015, S. 125-135; Richard W. *Johnson*, How Long Will South Africa Survive? The Looming Crisis, Johannesburg 2015.

³⁰ Vgl. Ulf *Engel*, Zupta's Next Nightmare: The South African Local Government Elections of 3 August 2016, in: GIGA, Africa Spectrum 2/2016: S. 103-115.

³¹ Vgl. Marie-France *Agblo/Margit Heilwig-Bötte*, Stagnation in Südafrika, in: SWP-Aktuell 29, April 2014. S. 1-4.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SÜDAFRIKA

Prof. Dr. Paul Kevenhörster

Juni 2018

www.kas.de/suedafrika

rechnen, die schon der nationale Entwicklungsplan von 2012 als dringende Herausforderungen für die Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik erkannte. Diese schlagen sich in Formen gewaltsamen Protestes nieder, dessen Gewicht nach den Erhebungen des *Afrobarometers* in den letzten zwei Jahren erheblich zugenommen hat. Demgegenüber leiden die Institutionen der Sicherheitspolitik unter häufigem sicherheitspolitischem Richtungswechsel, schlechtem Organisationsmanagement und der Neigung zu bedenklichen Kompromissen.³²

Inzwischen erlebt das Land die „größte Protestwelle seit Ende der Apartheid“³³. Unsicherheiten in allen Teilen der Gesellschaft, schwelende Konflikte und die Probleme marginalisierter Gruppen prägen das öffentliche politische Bewusstsein und lösen immer wieder Proteste aus. Diese weisen auch auf die kontinuierliche Vernachlässigung des Bildungssektors und insbesondere auf ungeklärte Fragen der Hochschulfinanzierung hin. Greifen Regierung und Parteien diese Konflikte nicht auf, besteht die Gefahr, dass sie nicht durch Debatten ausgetragen werden, sondern mit Gewalt. Folgerichtig wird die Vormachtstellung des ANC durch diese nicht gelösten Konflikte auf Dauer in Frage gestellt. Ein Ende der Einpartei-Dominanz erscheint daher schon in der Parlamentswahl 2019 durchaus möglich.³⁴

Nachdem Südafrika in den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Ende der Apartheid von einer breiten politischen Allianz auf der Grundlage einer robusten und stabilen Verfassung regiert worden ist, werden nun im dritten Jahrzehnt die Herausforderungen an die Integrationskraft des politischen Zentrums größer und der Druck auf die Institutionen konstitutioneller Regierungsweise wächst.³⁵ Wesentliche Ursachen dieser Belastung

³² Vgl. Jakkie Cilliers/Clara Aucoin, Economics, governance and instability³² Vgl. Marie-France Agblo/Margit Heilwig-Bötte, Stagnation in Südafrika, in: SWP-Aktuell 29, April 2014. S. 1-4.

³² Vgl. Jakkie Cilliers y in South Africa, in: Institute for Security Studies, ISS Paper 293, June 2016, S. 7/17; vgl. Robert Mattes, The 2014 Election and South African democracy, in: Schulz-Herzenberg/Southall (ed.), Election 2014 South Africa, S. 187

³³ Tilmann Feltes, Südafrikas "born-free" - Generation rebelliert, im Internet: <http://www.kas.de/medien-africa/de/publications/42506>, KAS/Johannesburg, Mai 2016.

³⁴ Vgl. Holger Dix, Kommunalwahlen in Südafrika: Das Ende der Einparteien-Dominanz des ANC, in: KAS-

Länderbericht Südafrika, Johannesburg, im Internet: www.kas.de/suedafrika, August 2016.

³⁵ Vgl. S. Booyesen, The African National Congress and the Regeneration of Political Power, Johannesburg 2011; R. Calland, The Zuma Years, South Arica's Changing Face of Power, Cape Town 2013; H. Marais, South Africa: Pushed to the Limit: The Political Economy of Change, Cape Town 2011.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SÜDAFRIKA

Prof. Dr. Paul Kevenhörster

Juni 2018

www.kas.de/suedafrika

sind die anhaltende Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung einerseits und die Dominanz der führenden Regierungspartei andererseits – wenn auch im vorgegebenen Verfassungsrahmen. Die Erosion der Regierungskunst und die anhaltende soziale Ungleichheit hängen dabei eng miteinander zusammen.³⁶

Mit Ägypten, Marokko und Tunesien zählt Südafrika zur Gruppe der diversifizierten Volkswirtschaften des afrikanischen Kontinents, die in ihrem Umfeld zugleich die Rolle von „Wachstumsmotoren“ ausüben. Über neun Zehntel der südafrikanischen Bevölkerung verfügen über ein disponibles Einkommen, das ihnen Konsumwünsche über die Befriedigung von Grundbedürfnissen hinaus gestattet.³⁷ Das Durchschnittseinkommen – das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf – lag im Jahre 2013 bei umgerechnet 4.571 Euro. Nur in bescheidenem Umfang zieht Südafrika aber im Gegensatz zu Subsahara-Afrika insgesamt – sowie zu China, Brasilien und den arabischen Staaten – ausländische Direktinvestitionen an.³⁸

Richter Albie *Sachs* vom Südafrikanischen Verfassungsgericht hat im Jahre 2000 gefragt: „Was heißt es in einem Land zu leben mit einer wunderbaren Verfassung und einer umfassenden Garantie der Menschenrechte, wenn es zugleich eine so große Ungleichheit, Ungerechtigkeit und Armut gibt?“³⁹

Nelson *Mandela* hat in seiner Antrittsrede als Präsident vor dem Parlament am 23. Mai 1994 hierzu folgendes Bekenntnis abgelegt: „Die Freiheit von Not, Hunger, Enteignung, Ignoranz, Unterdrückung und Furcht sind unverzichtbare Grundlagen für die Garantie menschlicher Würde. Sie stellen den Kern dessen dar, was diese Regierung erreichen will.“⁴⁰ Tatsächlich wird die Post-Apartheid-Ära herausgefordert durch die Geschichte extremer wirtschaftlicher Ungleichheit – eine der höchsten der Welt.

³⁶ Vgl. Brian *Levy*/ Alan *Hirsch*/ Ingrid *Woolard*, Governance and inequality: Benchmarking and interpreting South Africa's evolving political settlement, Manchester, July 2015, ESLD Working Paper No. 51, im Internet: www.Effective-states.org, S. 26.

³⁷ Vgl. Ludger *Kühnhardt*, Africa Consensus. New Interests, Initiatives, and Partners, Washington D.C./Baltimore 2014, S. 81.

³⁸ Vgl. Ebd., S. 164.

³⁹ Zit. nach: Penlope *Andrews*, The South African Constitution as a Mechanism for Reducing Poverty, in: Muna *Ndulo* (ed.), Democratic Reform in Africa. Its Impact on Governance & Poverty Allevation, Oxford/Athens (Oh) 2006, S. 57.

⁴⁰ Zit. nach: Sandra *Liebenberg*, Violations of Socio-Economic Rights: The Role of the South African Human Rights Commission, in: Penny *Andrews*/Stephan *Ellmann* (ed.), The Post-Apartheid Constitutions: Perspectives on South Africa's Basic Law, Athens (Oh.), S. 405.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SÜDAFRIKA

Prof. Dr. Paul Kevenhörster

Juni 2018

www.kas.de/suedafrika

Die Armut ist insbesondere in ländlichen Gebieten unübersehbar. Bei der Bekämpfung der Armut kommt vor diesem Hintergrund den Nichtregierungsorganisationen eine besondere Bedeutung zu.

Die politische Klasse Südafrikas hält folgende Funktionen des politischen Systems für besonders vordringlich: die freie Wahl der politischen Führung; die Gleichwertigkeit der Stimmen; eine wohlförderungsfördernde Wirtschaft; die Chancengleichheit der Geschlechter und den Schutz der Bürgerrechte gegen alle Formen der Unterdrückung.⁴¹ Dementsprechend werden fünf Regierungsleistungen vom politischen System erwartet:

- leistungsfähige Bildungseinrichtungen,
- primäre Gesundheitsversorgung,
- Trinkwasserversorgung,
- Management der Wirtschaft,
- Bekämpfung von HIV/AIDS.

Herzstück der Verfassung Südafrikas von 1996 ist ihr zweites Kapitel: die *Bill of Rights*. Diese sichert auf breiter Basis die Menschenrechte durch einen Grundrechtekatalog,⁴² der die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz, den Schutz vor Diskriminierung, das Recht auf Privatsphäre, das Eigentum sowie die Rede-, Religions-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit verbürgt.

Die *Menschenrechte* werden in Südafrika vor allem durch folgende Institutionen geschützt: die *South African Human Rights Commission*, den *Public Protector*, die *Commission for Land Restoration* und schließlich die *Truth and Reconciliation Commission*. Diese Institutionen nehmen ihre Aufgabe sehr ernst; und auch die Gerichte suchen dem Verfassungsauftrag des Schutzes der Grundrechte mit großem Engagement gerecht zu werden. Dieser umfassende institutionelle Schutz der Menschenrechte hat allerdings bisher noch nicht dazu beigetragen, die Demokratie durch Beilegung fundamentaler Verteilungskonflikte zu konsolidieren.⁴³ Zudem ge-

⁴¹ Vgl. Hennie Kotzé/Cindy Lee Steenkamp, Democratic Consolidation in South Africa: Comparing Elite and Public Views, KAS South Africa, Policy Paper, Nr. 5, October 2008, S. 24 f.

⁴² Vgl. Matthias Wissing, Die Verfassung Südafrikas als "living document"?, KAS-Länderbericht, Berlin, November 2013, S.2.

⁴³ Vgl. Mandla Seleane, Human Rights and the Consolidation of Democracy in South Africa, in: Hussein Solomon/Ian Liebenberg, Consolidation of Democracy in Africa. A View from the South, Hampshire/Burlington 2000, S. 228 f., 255.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SÜDAFRIKA

Prof. Dr. Paul Kevenhörster

Juni 2018

www.kas.de/suedafrika

raten durch diesen Fokus Fragen der Leistungsfähigkeit des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems aus dem Blickfeld der öffentlichen Debatte.

Vom *Ziel der Chancengleichheit* zwischen unterschiedlichen sozialen Klassen sowie Schwarzen und Weißen bleibt Südafrika nach wie vor weit entfernt. Zwar hat die Regierung in den beiden Jahrzehnten nach der Abschaffung der Apartheid mehr als zwei Millionen Eigenheime gebaut, die Elektrizitätsversorgung von Millionen Haushalten verbessert und den Zugang der Armen zu sauberem Trinkwasser erhöht. Zudem besucht ein wachsender Anteil der schwarzen Bevölkerung weiterführende Schulen und das College. Aber das Durchschnittseinkommen schwarzer Haushalte liegt um umgerechnet fast 17.000 US-Dollar unter dem weißer Haushalte.⁴⁴

Auch in gesellschaftlicher Hinsicht bleibt die Rassentrennung trotz dieser unbestreitbaren Verbesserungen erhalten: Das *South Africa Reconciliation Barometer* hat ermittelt, dass weniger als 40 Prozent der Bürger Südafrikas Kontakte zu anderen ethnischen Gruppen aufgebaut haben. Der Grund: Nur jeder fünfte Südafrikaner – ob schwarz oder weiß – lebt in einer ethnisch integrierten Nachbarschaft. Auch im Schulwesen besteht die Segregation fort: Integrierte Schulen werden nur von 15 Prozent der schwarzen und sogar nur von elf Prozent der weißen Schüler besucht.

Zwar bekennt sich der regierende ANC zu einer aktiven Sozialpolitik. Aber die UNICEF hat im Jahre 2012 aufgezeigt, dass von den Kindern Südafrikas 1,4 Millionen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben, 1,5 Millionen keine Sanitäranlagen nutzen können und 1,7 Millionen in Baracken leben.⁴⁵ Unter diesen Bedingungen kann die Opposition nur dann ein überzeugendes Profil gegenüber dem ANC entwickeln, wenn sie in größerem Umfang als bisher die organisatorischen und finanziellen Mittel erwirbt, um eine größere Zahl von Wechselwählern durch überzeugende Angebote der *Inklusivität und Kompetenz* erfolgreicher anzusprechen.⁴⁶ Die Wahl von 2014 hat immerhin gezeigt, dass die schwarze Mittelschicht ihre soziale und politische Stellung selbstbewusster wahrnimmt als zu-

⁴⁴ Vgl. zum Folgenden Lydia Polgreen/Marcus Mabry, In Nation Remade by Mandela, Social Equality Remains Elusive, in: The New York Times, 12. 8. 2013.

⁴⁵ Vgl. N.N. Der Gesellschaftsvertrag in Südafrika, in: E+Z, Jg. 54, 2013: 11, S. 426 f.

⁴⁶ Vgl. Robert Mattes, The 2014 Election and South African democracy, in: Schulz-Herzenberg/Southall (ed.), Election 2014 South Africa, S. 187.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SÜDAFRIKA

Prof. Dr. Paul Kevenhörster

Juni 2018

www.kas.de/suedafrika

vor.⁴⁷ Einerseits trägt sie so zur Festigung der jungen Demokratie in Südafrika bei. Andererseits ergreift sie nicht mehr unbedingt Partei für den ANC und fasst auch andere politische Optionen ins Auge. Damit eröffnet sich die schwarze Mittelschicht mehr Chancen politischer Einflussnahme und gewährleistet dadurch auf Dauer auch eine größere politische Vielfalt der südafrikanischen Parteiendemokratie.

Die von der Verfassung angebotenen Instrumente politischer Partizipation wirken einstweilen nur unzureichend.⁴⁸ Der vom Nationalen Entwicklungsplan eingeräumte Grund: Trotz erweiterter Möglichkeiten politischer Beteiligung tut sich eine wachsende Kluft zwischen Bürgern und Regierung auf, die sich auch in Ausbrüchen politischer Gewalt äußert.⁴⁹ Diese Entwicklung wird durch das Erbe der Apartheid begünstigt: vor allem durch ethnisch segregierte Wirtschaftssektoren. Die Lebenschancen der Bevölkerung hängen davon ab, ob diese in vorwiegend weißen Vororten oder in schwarzen Townships mit einem ausgeprägten Hang zu autoritären Konfliktlösungen angesiedelt ist.⁵⁰

3. Zentralistische Impulse für die Eigendynamik der Zivilgesellschaft

Setzt sich die Regierung nachdrücklich für die Entwicklung des Landes und für die Festigung der Demokratie ein? Diese Frage wird unter südafrikanischen Experten kontrovers diskutiert. Kritiker der Regierungspolitik wie Khela *Shubane* vom Südafrikanischen Center for Policy Studies haben geltend gemacht, der ANC vermittele aufgrund seiner dominierenden Machtstellung vor allem zentralistische Impulse für die Gesellschaft.⁵¹ Dadurch würden die Gestaltungschancen der Zivilgesellschaft aber beträchtlich eingeschränkt. Dem konnten die Bemühungen um den Aufbau föderalistischer Strukturen nur begrenzt entgegenwirken. Die Wahlerfolge

⁴⁷ Vgl. Amuzweni *Ngoma*, Schwarze Fachkräfte und der ANC bei der Wahl 2014. Lockerung der Parteibindung?, in: KAS-Auslandsinformationen, 10/14, S. 58-78.

⁴⁸ Vgl. Julia *Plessing*, Challenging Elite Understandings of Citizens Participation, in: South Africa, Politikon, vol. 44:1, 2017, DOI: 10. 1080/02589346. 2017. 1276010, S. 73-91

⁴⁹ Vgl. *Presidency*, 2012. National Development Plan 2030 – Our Future make It Work, Executive Summary. Accessed December 20, 2016 ([http://www.gov.za/sites.Gov.za/files/Executive%20 Summary](http://www.gov.za/sites.Gov.za/files/Executive%20Summary)). S. 27.

⁵⁰ Vgl. Julia *Plessing*, Challenging Elite Understandings of Citizens Participation, a.a.O., S. 88.

⁵¹ Vgl. *Khehla Shubane*, Thoughts on the State of Civil Society in South Africa, in: Yvette Geyer/Ivor Jenkins (ed.), Civil Society and the Zuma Government, International Development Research Center (IDRC), Cape Town 2009, S. 22 f.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SÜDAFRIKA

Prof. Dr. Paul Kevenhörster

Juni 2018

www.kas.de/suedafrika

des ANC in den vergangenen beiden Jahrzehnten haben diese zentralistischen Impulse noch weiter verstärkt. Unter den Bedingungen des politischen Kräftedreiecks aus ANC, COSATU und SACP als dem Kern des staatlichen Machtgefüges sind die Beziehungen zwischen der Regierung und der Wirtschaft sehr eng: Regierung, Unternehmer und Gewerkschaften stellen den Rahmen dar, in dem die Zivilgesellschaft an der Transformation Südafrikas teilhaben kann.⁵²

Die politische Kultur Südafrikas – und folglich auch das Regierungssystem – ist über eine lange Zeitstrecke durch eine zentralistische Perspektive geprägt worden. Der „*Top-down*“-Ansatz hat aber die eigenständigen Entwicklungschancen unterschiedlicher gesellschaftlicher Sektoren und politischer Handlungsfelder nicht ausreichend beachtet.⁵³ Diese bieten neue Chancen politischer Innovation wie etwa Qualitätsverbesserungen der Schulbildung (Free State), Investitionen in erneuerbare Energie, öffentlich-private Partnerschaftsprojekte im Bereich des Forstwesens (Eastern Cape), Investitionen in neue Programme beruflicher Bildung in vielen Provinzen. Die Integrationsfähigkeit der Politik wird davon abhängen, ob sie solche Initiativen und Programme mit langfristiger Perspektive umzusetzen vermag.

Eine diversifizierte Machtausübung würde dagegen einen dezentralen Staatsaufbau nahelegen und darüber hinaus die Eigendynamik der Zivilgesellschaft fördern. Dazu ist auch eine unabhängige Justiz erforderlich. Führende ANC-Politiker aber kritisieren das gespannte Verhältnis der Justiz zur politischen Führung. Demgegenüber weisen Kritiker dieses Spannungsverhältnisses zu Recht darauf hin, dass sich demokratische Institutionen nur unter der Voraussetzung unabhängiger Justiz, freier Medien und unabhängiger Universitäten entfalten können. Dies ist auch das Anliegen des *Democracy Development Programme (DDP)*, das unter der Mitwirkung zahlreicher Nichtregierungsorganisationen das Ziel verfolgt, die geringe Verantwortlichkeit der politischen Entscheider sowie Defizite politischer Partizipation aufzuzeigen und diesen durch politische Bildungsarbeit entgegenzuwirken.

⁵² Vgl. Francis A. Kornegay/Chris Landsberg, *Can South Africa lead an African Renaissance?*, in: KAS. Occasional Papers, Johannesburg. RSA, May 1998, S. 35.

⁵³ Vgl. Brian Levy/ Alan Hirsch/Ingrid Woolard, *Governance and inequality: Benchmarking and interpreting South Africa's evolving political settlement*, Manchester, July 2015, ESLD Working Paper No. 51, im Internet: www.Effective-states.org, S. 35.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SÜDAFRIKA

Prof. Dr. Paul Kevenhörster

Juni 2018

www.kas.de/suedafrika

Davon hängen auch Erfolge und Misserfolge einer nachhaltigen Politik der Armutsbekämpfung ab. Mehr als zwei Jahrzehnte nach dem Ende der Apartheid konzentriert sich die Armut immer noch auf den schwarzen Teil der Bevölkerung, deutlich weniger auf den farbigen mit gemischtem ethnischen Hintergrund sowie den asiatischen und den indischen Teil. Die verschiedenen ethnischen Gruppen konnten ihre Durchschnittseinkommen nach dem Ende der Apartheid nach Untersuchungen der Universität *Stellenbosch* und Angaben südafrikanischer Behörden im Zeitraum von 1995 bis 2005 nur sehr unterschiedlich erhöhen: am stärksten die Weißen (40,5 Prozent), danach die Farbigen (35,2 Prozent) und die Asiaten (7,2 Prozent), während die schwarze Bevölkerung sogar eine Kürzung ihrer Haushaltseinkommen um 1,7 Prozent hinnehmen musste.⁵⁴

4. Reformen gegen die Stagnation

Untersucht man Südafrika im Rahmen eines Vergleichs mit seinen Nachbarländern, werden Fortschritte demokratischer Konsolidierung sichtbar. Diese lassen sich etwa aus den Umfragedaten des *Afrobarometers* ablesen, das die Einstellungen zu den politischen Parteien in Botswana, Mosambik, Namibia, Südafrika und Simbabwe ermittelt. In diesen fünf Ländern hat das Vertrauen in die Oppositionsparteien im Zeitraum von 2002 bis 2015 von 16 Prozent auf 38 Prozent zugenommen und bleibt damit aber immer noch deutlich unter dem Vertrauen in die jeweiligen Regierungsparteien (durchschnittlich 56 Prozent).⁵⁵ Der Anteil derjenigen Bürger, die einer der Oppositionsparteien nahestehen, ist in Botswana (36 Prozent) und Südafrika (34 Prozent) am höchsten.⁵⁶ Trotz dominanter Parteiensysteme erzielen beide Länder die höchste Wertschätzung in der Region. Das Parteiensystem wirkt sich auch auf die Einschätzung der jeweiligen Chance des Machtwechsels aus: In Südafrika äußern nur 36 Prozent der Befragten, Wahlen machten es den Wählern möglich, die politische Führung aus ihren Ämtern zu entfernen.⁵⁷

⁵⁴ Vgl. TIME Magazine, March 11, 2013, S. 24.

⁵⁵ Vgl. Rorisang *Lekalake*, Still no alternative? Popular views of the opposition in Southern Africa's one-party dominant regimes, Afrobarometer Policy Paper No. 38, February 2017, S. 3.

⁵⁶ Vgl. Ebd.

⁵⁷ Vgl. A.a.O., S. 9.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SÜDAFRIKA

Prof. Dr. Paul Kevenhörster

Juni 2018

www.kas.de/suedafrika

In verfassungspolitischen Reformen kann man eine Chance sehen, die politischen Wettbewerbsbedingungen so zu gestalten, dass eine intensivere Kontrolle des Regierungshandelns, eine größere Chance des Machtwechsels und eine wirksamere Partizipation der Bürger gewährleistet werden. Zu allererst muss es darum gehen, einer weiteren politischen Stagnation ebenso vorzubeugen wie der Gefahr einer Paralyse des Parteiensystems. Eine Reform des geltenden südafrikanischen Wahlrechts könnte daher die Einführung einer Zwei-Prozent-Sperrklausel vorsehen. So erhielten zumindest die kleineren Oppositionsparteien eine Überlebenschance. Die Ein-Mandat-Parteien wären aber dazu gezwungen, ihre weitere parlamentarische Repräsentation und Mitwirkung durch einen Zusammenschluss zu sichern. Der Bildung einer artikulationsstärkeren Opposition käme dieser Schritt auf jeden Fall zugute. Um auch die Mitwirkung derjenigen Wähler abzusichern, deren Partei der Sperrklausel zum Opfer fiel, könnte eine „Nebenstimme“ gewährt werden, die dann zum Zuge kommt, wenn die Hauptstimme keinen Erfolg hat.⁵⁸ Auch diese Modifikation des Wahlrechts würde einer Konsolidierung der Opposition und damit zugleich dem Ziel einer wirksameren politischen Kontrolle der Parlamentsmehrheit langfristig zugutekommen.

Diese Forderung nach einer *Reform des Wahlrechts* stützt sich auf eine Überlegung des von Innenminister *Buthelezi* im Jahr 2002 eingesetzten *Electoral Task Teams*. Die Mehrheit der Mitglieder dieser Arbeitsgruppe – der *van Zyl Slabbert-Kommission* – hat die Einrichtung eines Mischsystems aus Verhältniswahl (50 Prozent der Mandate) und einer wahlkreisbasierten Mehrheitswahl (ebenfalls 50 Prozent der Sitze) vorgeschlagen.⁵⁹ Dagegen gelte es, auf die fundamentalen Maßstäbe hinzuweisen, die an ein Wahlsystem anzulegen sind: *Inklusivität, Einfachheit, Gerechtigkeit und Verantwortlichkeit*. Das letzte Kriterium werde vom geltenden Verhältniswahlrecht völlig missachtet. Unter den besonderen historischen und gesellschaftlichen Bedingungen Südafrikas sei vielmehr ein Mischsystem aus Verhältnis- und Mehrheitswahl die beste Perspektive. Der damalige Vizepräsident der University of South Africa, Prof. Barney *Pityana*,

⁵⁸ Vgl. Hermann *Pünder*, *Wahlrecht und Parlamentsrecht als Gelingensbedingungen repräsentativer Demokratie*, Sonderdruck aus: *Veröffentlichungen der Vereinigung Deutschen Staatsrechtslehrer*, Band 72, Kiel 2013, S. 216 ff.

⁵⁹ Vgl. *Electoral Task Team*, *Report of the Electoral Task Team*, Pretoria 2003, S. 30 f.; *Bertha Chiroro*, *Electoral System and Accountability Options for Electoral Reform in South Africa*, KAS South Africa, Policy Paper, Nr. 3, January 2008, S. 1, 3.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SÜDAFRIKA

Prof. Dr. Paul Kevenhörster

Juni 2018

www.kas.de/suedafrika

hat die Notwendigkeit einer solchen Wahlrechtsreform mit folgenden Worten unterstrichen: „*We need a system that elevates the elector more than the party, a democracy that trusts its people to express their own free will directly not via a party list. We demand a new electoral system so that we can become masters of our own fates.*“⁶⁰

Demgegenüber sollten die politischen Auswirkungen des Status quo zu denken geben. Denn die Selbstbehauptung des bestehenden Dominanzparteiensystems schafft stets neue Anreize für Korruption und Ämterpatronage, die dem von Nelson *Mandela* immer wieder beschworenen Grundsatz der Gewaltenteilung zuwiderlaufen.⁶¹ In Konfliktfällen werden die Grenzen von Legislative, Exekutive und Judikative verwischt. Der Anreiz zur finanziellen „Selbstbedienung“ wird zugleich unwiderstehlich, wie auch die Regierung *Zuma* mit mehreren Bauprojekten unter Beweis gestellt hat.⁶² Der Afrika-Experte Bartholomäus *Grill* stellt hierzu fest: „*Die Befreiungsbewegung hat sich in einen durch und durch korrupten Machterhaltungsapparat verwandelt.*“⁶³

Das in der Verfassung von 1996 verankerte Prinzip der *Verantwortlichkeit* bezieht sich in einem zentralistischen Verwaltungsapparat vor allem auf Regeln, die von Beamten, Politikern und Anwälten anzuwenden sind. Dieser Grundsatz scheint die betreffenden Amtsträger etwa als individuelle Beschwerdeführer von ihrem gesellschaftlichen Umfeld zu isolieren. Da die Grundfrage verantwortlicher Politik nicht gestellt wird, geht dieses Verständnis auch mit wachsender Ungleichheit der Verteilung wirtschaftlicher Ressourcen und einer Vertiefung des Gegensatzes von Arm und Reich einher.⁶⁴

Jeder Versuch, die politischen Wettbewerbsbedingungen zu verbessern (*Constitutional Engineering*), muss an verfassungspolitischen Zielen ausgerichtet werden, die überzeugend, nachvollziehbar und konsensfähig

⁶⁰ Zit. nach: a.a.O., S. 12.

⁶¹ Vgl. Nelson *Mandela*, *South and Southern Africa. Into the Next Century*, Singapore Lecture, Singapore 1997, S. 21.

⁶² Vgl. Alan *Cowell*, Report Faults South African Leader for Work on Home, in: *The New York Times*, March 20, 2014, S. A4.

⁶³ Bartholomäus *Grill*, Die Partei des Gestern, in: *Der Spiegel* 18/2014, S. 92.

⁶⁴ Vgl. Andrew *Nash*, Past-Apartheid accountability: The Transformation of a political idea, in: Danwood M. *Chirwa/Lia Nijzink* (ed.), *Accountable Government in Africa. Perspectives from public law and political studies*, Tokyo/New York/Paris 2012, S. 20.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SÜDAFRIKA

Prof. Dr. Paul Kevenhörster

Juni 2018

www.kas.de/suedafrika

sind.⁶⁵ Im Falle einer kritischen Prüfung des südafrikanischen Wahlrechts sind dies insbesondere die *Geschlossenheit der Opposition* als Voraussetzung parlamentarischer Kontrolle der Regierung und die *Verantwortlichkeit* der Abgeordneten gegenüber ihren Wählern. Nur auf der Grundlage dieser beiden Maßstäbe können Wahlen überhaupt die Richtung der künftigen Politik bestimmen. Das Verhältniswahlrecht, so wie es in Südafrika angewendet wird, mag auch kleinen Gruppen die größere Chance einer inklusiven Interessenvertretung bieten, aber es vertieft zugleich die ökonomischen, sozialen und ethnischen Interessengegensätze und erschwert dadurch die Formulierung und Durchsetzung einer kohärenten Politik. Darüber hinaus trägt es zur Verfestigung bestehender Machtverhältnisse bei und hält die Machtfrage, über die eigentlich in Wahlen zu entscheiden ist, nicht offen.

Der Grund: Starre Parteilisten erschweren die „Zirkulation der Eliten“ und damit zugleich die Erneuerung des politischen Führungspersonals, indem sie den Parteiführungen die ausschließliche Entscheidung über die Aufstellung der Parlamentskandidaten einräumen. So hat die ANC-Führung im Oktober 2013 festgelegt, dass ihre Liste für die Wahlen im Jahre 2014 zumindest 60 Prozent der bisherigen Abgeordneten einen vorderen Rangplatz einräumen soll – im Namen von „Kontinuität und Erfahrung“.⁶⁶ Gegen die hierin zum Ausdruck kommende „Arroganz der Macht“ ist zwar im Jahre 2013 die neue Partei *Agang* („Wir bauen“) unter dem Vorsitz der früheren Anti-Apartheid-Aktivistin *Mamphela Ramphele* angetreten, konnte sich aber in den folgenden Wahlen nicht durchsetzen.⁶⁷

5. Ausblick

Auch für die Republik Südafrika gilt ein allgemeines Merkmal afrikanischer Politik: Diese bleibt vielfach in einem *Circulus Vitiosus aus Patronage und Klientelismus* gefangen.⁶⁸ Folglich schließen sich mehr Abgeordne-

⁶⁵ Vgl. Pippa Norris, Choosing Electoral Systems: Proportional, Majoritarian and Mixed Systems, in: International Political Science Review, vol. 18 (3), July 1997, S. 297 – 312.

⁶⁶ Vgl. „ANC wants party list to favour sitting MPs and MPLs“, in: Business Day, 28. Oktober 2013, S. 3.

⁶⁷ Vgl. Thomas Schee, Wider die „Arroganz der Macht“ des ANC, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. Juni 2013.

⁶⁸ Vgl. Augustine T. Magolowondo, Democracy within political parties: The state of affairs in East and Southern Africa, in: Danwood M. Chirwa/ Lia Nijzink (ed.), Accountable Govern-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SÜDAFRIKA

Prof. Dr. Paul Kevenhörster

Juni 2018

www.kas.de/suedafrika

te der Opposition den Regierungsparteien an, als dass Mitglieder dieser Parteien zur Opposition wechseln. So ist es auch nicht verwunderlich, dass die Regierungsparteien ihren Mitgliedern „Dividenden“ in Form eines erleichterten Zugangs zu staatlichen Ressourcen und Positionen bieten. Es sind diese Anreize und die darauf aufbauenden Netzwerke, die darüber entscheiden, ob Parteimitglieder und Bürger sich politisch mehr oder weniger engagieren.

Schon vor vielen Jahren hat der frühere Vizepräsident und Innenminister Mangosuthu *Buthelezi* gefordert, Südafrika solle nach dem Grundsatz der Subsidiarität in einen föderalen Staat umgewandelt werden. Mehr als die staatliche Zentralgewalt sollten die Provinzen die vorrangigen Ansprechpartner der Bevölkerung werden.⁶⁹ Diese Vorstellung hat aber seit dem Beginn der Verfassungsberatungen bis zur Gegenwart wegen des traditionell zentralistischen Selbstverständnisses und der politischen Übermacht des ANC keine Chance auf Verwirklichung gehabt.

Seit 2007 hat sich der ANC verstärkt gegen Bestrebungen gewendet, die auf eine Dezentralisierung des politischen Entscheidungsprozesses und der staatlichen Verwaltung setzen. Da die Opposition diese Tendenz nicht konterkarieren kann, droht eine Erstarrung des politischen Systems, die eine wirksame Kontrolle politischer Entscheidungen erschwert.⁷⁰ Die Medien kritisieren seit langem die mangelhafte Leistungsbilanz der Regierungspolitik, die wichtige vom früheren Präsidenten *Mbeki* und vom früheren Finanzminister *Manuel* im Jahre 1997 gegebenen Versprechungen von *Growth, Employment and Redistribution (GEAR)* nur unzulänglich einlöse.⁷¹ Derartige Leistungsschwächen haben auch den Abgang mehrerer prominenter Köpfe des ANC in die Wirtschaft erleichtert. Von dieser Unzufriedenheit konnte aber die oppositionelle Inkatha-Partei kaum profitieren, da ihr Vorsitzender *Buthelezi* selbst viele Jahre dem Kabinett angehörte. Die Idee der legitimen Opposition hat es in Südafrika aufgrund

ment in Africa. Perspectives from public law and political studies, Tokyo/New York/Paris 2012, S. 212.

⁶⁹ Vgl. Mangosuthu *Buthelezi*, Tradition and the Modern State. United World College of Southern Africa, Waterford Kamhlaba Lecture for 1997: 21 November 1997, in: KAS Occasional Papers, Johannesburg. RSA, May 1998, S. 19.

⁷⁰ Vgl. Jürgen *Langhanns*, Party Systems and Cleavage Structures in Southern Africa, Münster 2013, S. 147, 186 f.

⁷¹ Vgl. Franz *Ansprenger*, Inkatha. Eine politische Kraft in Südafrika, Bonn 1999, S. 159 f.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SÜDAFRIKA

Prof. Dr. Paul Kevenhörster

Juni 2018

www.kas.de/suedafrika

der gouvernementalen Tradition und der autoritätsfixierten politischen Kultur ohnehin schwer, Wurzeln zu schlagen.⁷²

Die mit der Etablierung eines Dominanzparteiensystems verbundene Gefahr des Machtmissbrauchs einerseits und unzureichender Kontrolle des Regierungshandelns andererseits wurde in Südafrika vor allem sichtbar bei der unzureichenden Untersuchung von Korruptionsvorwürfen im Zusammenhang mit dem Waffenhandel.⁷³ Aus globaler Perspektive spielt Südafrika allerdings eine aktive und durchaus beispielgebende Rolle in der Süd-Süd-Kooperation, nimmt eine Führungsstellung in Afrika wahr und beteiligt sich darüber hinaus auch an Friedenseinsätzen.⁷⁴ Verfügt das Land aber auch über ein integrationsförderndes, leistungsfähiges Parteiensystem? Hier sind Zweifel angebracht. Es zeigen sich vielmehr erhebliche Risiken und Fehlentwicklungen der Parteienstruktur, die die junge südafrikanische Demokratie auf Dauer deformieren und erheblich schwächen können.

Doch wie in allen anderen Parlamenten auch kommen nur zwei bis drei Parteien für einen Regierungsauftrag in Frage. Die Demokratische Allianz scheint aber nach Schätzungen von Parteienforschern noch etwa zwei Jahrzehnte von einer Regierungsübernahme entfernt – wenn sich die jetzigen Strukturen des Parteiensystems behaupten und seismische Veränderungen ausbleiben sollten.

Daher steht das südafrikanische Dominanzparteiensystem vor großen Herausforderungen: der rückläufigen Wahlbeteiligung und neuen Formen des Wettbewerbs zwischen den Parteien. Wie auch in anderen Dominanzparteiensystemen auf dem afrikanischen Kontinent – etwa in Simbabwe, Namibia und Mosambik – behauptet sich die führende Regierungspartei, wenn auch auf einem schmaleren Wählersockel. Eine wachsende Zahl enttäuschter, potentieller Protestwähler stellt aber die Legitimität des demokratischen Systems in Frage. Darin liegt zugleich eine Profilierungs- und Gestaltungschance für die Oppositionsparteien.

⁷² Vgl. Ebd., S. 168.

⁷³ Vgl. Princeton N. Lyman, South Africa in Retrospect, in: Ders./ Patricia Dorff (ed.), Beyond Humanitarianism. What You Need to Know About Africa and Why It Matters, New York 2007, S. 67.

⁷⁴ Vgl. Werner Böhler, Parteienentwicklung in jungen Demokratien - Südafrika, in: KAS-Auslandsinformationen, 3/2007, S. 9.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SÜDAFRIKA

Prof. Dr. Paul Kevenhörster

Juni 2018

www.kas.de/suedafrika

Droht die Regenbogennation ihren Kurs zu verlieren und das Erbe *Nelson Mandelas* zu verspielen? Die Politik des *Black Economic Empowerment* hat nur einem verhältnismäßig kleinen Teil der schwarzen Bevölkerung Teilhabe am wirtschaftlichen Wachstum verschafft. Stattdessen werden die Armen ärmer und die Reichen reicher, wie zahlreiche Ökonomen feststellen.⁷⁵ Für Südafrika kommt es daher darauf an, die bekannte Trias des Demokratieverständnisses von *Abraham Lincoln*⁷⁶ fortzuentwickeln und mehr „*Government with the People*“ zu verwirklichen. Dieses Ziel lässt sich nur durch einen stärkeren Einfluss der Wähler auf die Zusammensetzung des Parlaments, eine größere Transparenz der Kandidatenaufstellung und letztlich eine reale Chance des Machtwechsels verwirklichen.

In einem Ausblick auf die Entwicklungsperspektiven der Demokratie Südafrikas hat Richard *Calland* folgende Fragen als ausschlaggebend bezeichnet:⁷⁷

- Werden die Justiz und die anderen staatlichen Institutionen die Herrschaft des Rechts durchsetzen?
- Kann die Opposition ihre Einflusschancen nach dem für sie ermutigenden Ergebnis der Kommunalwahlen im August 2016 auch wirksam nutzen?
- Wird sich der frühere Präsident und ANC-Vorsitzende *Zuma* wegen Korruption vor Gericht verantworten müssen?

Südafrikas Demokratie steht somit auf dem Prüfstand. Die institutionellen Gegengewichte sind bisher zu schwach gewesen, um einen Missbrauch präsidialer Macht zu verhindern.⁷⁸ Hierzu zählen vor allem Ungleichgewichte des Parteiensystems, die die Machtfülle des ANC und deren Miss-

⁷⁵ Vgl. <http://2010sdafrica.wordpress.com/2014/04/27/20-jahre-demokratie>.

⁷⁶ „Government of the people, by the people, for the people, shall not perish from the earth“ (Gettysburg Address vom 19. 11.1863).

⁷⁷ Vgl. Richard *Calland*, *Make or Break. How the Next Three Years Will Shape South Africa's Next Three Decades*, Cape Town 2016; siehe hierzu auch die Besprechung durch Theo *Neethling*, *Make or Break*, in: *Politikon*, 44:2, DOI: 10.1080/02589346.2017.1299096, S. 347-349.

⁷⁸ Vgl. Ebd., S. 7.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SÜDAFRIKA

Prof. Dr. Paul Kevenhörster

Juni 2018

www.kas.de/suedafrika

brauch wirksam begrenzen könnten. Bis zu kompetitiven Wahlen ist daher noch ein weiter Weg zurückzulegen.⁷⁹

Die größte Oppositionspartei *Democratic Alliance* spekuliert offen auf Brüche innerhalb der Regierungsfraktion des ANC.⁸⁰ Der vom Verfassungsgericht positiv entschiedenen Frage, ob die Präsidentin des Parlaments Baleka Mbete eine geheime Abstimmung der Abgeordneten über ein Misstrauensvotum der Opposition zulassen muss, kann - auf Dauer zumindest - eine ausschlaggebende Bedeutung für den Machterhalt des ANC zukommen. In dieser Situation empfiehlt die *Organisation für afrikanische Einheit* ihren Mitgliedern,

- Richtlinien für Verfassungsänderungen zu erlassen,
- die Interessen aller Beteiligten im Revisionsprozess zu schützen,
- inner- und zwischenparteiliche Dialoge als Garanten des politischen Pluralismus zu sichern,
- die Voraussetzungen der Meinungsfreiheit auch durch entsprechende Maßstäbe gegenüber den sozialen Medien zu gewährleisten und
- die politischen Parteien zu veranlassen, die gleichwertige Beteiligung von Jungwählern, Frauen und bisher marginalisierten Gruppen zu ermöglichen.⁸¹

Einiges spricht dafür, dass Südafrika in diesem Jahr einen Wendepunkt seiner Entwicklung erreicht und sich zwei Entwicklungsperspektiven gegenübergestellt sieht:⁸²

1. dem Szenario *Business as Usual* unter den Bedingungen einer gespaltenen Nation mit weiterer Vorherrschaft der Traditionalisten des ANC und

⁷⁹ Vgl. Ibraheem Bukuule *Sanusi* & Rizzan *Nassuna*, Emerging Trends in Africa's Electoral Processes, in: South African Institute of International Affairs, Policy Briefing 158, January 2017.

⁸⁰ Vgl. Thomas *Scheen*, Zumas letzte Bastion bröckelt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. Juni 2017, S. 6.

⁸¹ Vgl. Ibraheem *Bukuule*/Rizzan *Nassuna*, Emerging Trends in Africa's Electoral Processes, in: South African Institute of International Affairs (SAIIA), Policy Briefing 158, January 2017, S. 1.

⁸² Vgl. Jakkie *Cilliers*/Ciara *Aucoin*, South Africa scenarios 2024. Politics, violence and growth in the rainbow nation, in: Institute for Security Studies, ISS Paper 294, June 2016, S. 1, 5, 15, 17.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SÜDAFRIKA

Prof. Dr. Paul Kevenhörster

Juni 2018

www.kas.de/suedafrika

2. dem Szenario der Nachfolge Nelson *Mandelas*, in dessen Rahmen sich die maßgeblichen Kräfte des ANC einer Diskussion der anstehenden Fragen öffnen.

Der Afrika-Experte Bartholomäus *Grill* hat in diesem Zusammenhang davor gewarnt, dass der „Machtwahn der Ewigkeitspräsidenten und der ökonomische Niedergang eng zusammen(hingen).“⁸³ Wie „starrsinnige Stammeshäuptlinge“ bedienten sich die Regierenden der Staatskasse. Verfassungsänderungen, die den Machthabern nur noch zu einer dritten Amtszeit verhelfen sollten, seien daher als ein Schritt zu einer Präsidentschaft auf Lebenszeit abzulehnen.

Funktionieren aber in Südafrika noch die demokratischen Kontrollen? Hier bestehen zumindest Zweifel. Am Ende aber wird die Resonanz des neuen Präsidenten *Ramaphosa* in der Wählerschaft zuallererst davon abhängen, ob es ihm gelingt, der Mehrheit der Wähler insgesamt zu einem besseren Leben zu verhelfen.⁸⁴ An diesen Versprechungen wird die Regierungspartei auch von ihren Anhängern auf Dauer gemessen. Die politische Führung aber gilt aber auch unter diesen als korrupt und unverantwortlich.⁸⁵

Befindet sich Südafrika somit angesichts tiefgreifender sozialer Proteste am „Ende des Regenbogens“?⁸⁶ Die Perspektivlosigkeit großer Teile der Bevölkerung stärkt die Unzufriedenheit der Wähler mit dem ANC. Das korporatistische Staatsmodell Südafrikas lässt wenig Raum für die Opposition: diese Lücke füllen die *Demokratische Allianz* einerseits und die *Economic Freedom Fighters* andererseits vor dem Hintergrund anhaltender, schlechter Regierungsführung aber nur teilweise aus. Doch stellt die Demokratische Allianz immer noch keine massenwirksame Option dar, während die Economic Freedom Fighters auf die unteren sozialen Schichten begrenzt bleiben. Ein Zusammenschluss beider Gruppen aber ist einstweilen wenig wahrscheinlich. Das Problem der wirksamen Kontrolle politischer Macht bleibt daher ungelöst.

⁸³ Bartholomäus *Grill*, Die Hoffnung auf ein Wunder, in: Der Spiegel 5/2016, S. 102f.

⁸⁴ Vgl. Rushil *Ranchod*, Crafting Dominance: Political Power and the Marketing of the African National Congress, in: Politikon, vol. 42:3, 2015, S. 367 – 385.

⁸⁵ Vgl. Richard *Calland/Shameela Seedat*, Institutional Renaissance or Populist Fandango? The Impact of the Economic Freedom Fighters on South Africa's Parliament, in: Verfassung und Recht in Übersee, Vol. 3, 2015, S. 327.

⁸⁶ Vgl. Linda *Tutmann*, Am Ende des Regenbogens?, in: DIE ZEIT, 3. November 2016, S. 72.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Über den Autor:

SÜDAFRIKA

Prof. Dr. Paul Kevenhörster

Juni 2018

www.kas.de/suedafrika

Der Verfasser ist Professor Emeritus für Politikwissenschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster mit den Schwerpunkten Vergleichende Politikforschung und Entwicklungspolitik. Er hat im Jahre 1994 dem International Mediation Panel in Südafrika angehört, das unter dem Vorsitz von *Henry Kissinger* und *Lord Carrington* den Versuch einer Vermittlung im Verfassungskonflikt während des demokratischen Übergangs unternommen hat. Darüber hinaus hat er wiederholt an Verfassungskonferenzen des *Democracy Development Programms* mitgewirkt und zentrale Fragen der Verfassungspolitik mit Experten des *South African Institute for International Affairs (SAIIA)* und der Universität Stellenbosch erörtert. Er ist Fellow des *Frederik van Zyl Slabbert Institute for Student Leadership* der Universität Stellenbosch. Der Verfasser ist Dr. *Holger Dix* (dem früheren Leiter des KAS Office in South Africa) sowie seinen früheren Mitarbeitern Dr. Sandra Düsing und Dr. Rolf Lange im Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster für wichtige Hinweise zur Verfassungspolitik und Parteienentwicklung in Südafrika zu Dank verpflichtet. Der gleiche Dank gilt nicht minder *Sarah Czichowsky*, *Paul Schnase* sowie den Münsteraner Kollegen Prof. Dr. *Norbert Kersting* und *Karsten Mause*. Den Mitarbeitern der Adenauer-Stiftung in Süd-Afrika *Henning Suhr*, *Michaela Braun* und *Christine Teichmann* ist er ferner zu Dank dafür verpflichtet, dass er sich mit aktuellen politischen Entwicklungstendenzen der südafrikanischen Politik durch Teilnahme an zwei Konferenzen der Stiftung Anfang Februar 2018 vertraut machen konnte.